

Wirtschaftshirtenbrief der US-Bischöfe: Neues Selbstbewußtsein einer Ortskirche

Auch wenn die kirchliche und außerkirchliche Öffentlichkeit im November letzten Jahres von der Verabschiedung der endgültigen Fassung des Hirtenbriefs der US-Bischöfskonferenz „Economic Justice for all. Pastoral letter on Catholic Social Teaching and the U. S. Economy“ nicht mehr mit der gewünschten Aufmerksamkeit Notiz nahm (vgl. HK, Januar 1987, 9 ff.), so dürfte dieser Vorgang dennoch der auf lange Sicht eigentlich bedeutendste Tagesordnungspunkt der letzten Vollversammlung der US-Bischöfskonferenz gewesen sein. (Eine sprachlich wenig gelungene Übersetzung des Hirtenbriefs erscheint in der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Schriftenreihe „Stimmen der Weltkirche“. Kommentierte Übersetzungen sind bereits erschienen oder werden erscheinen in den Verlagen Herder, Freiburg, IfG Verlagsgesellschaft, Bonn, und Publik-Forum, Frankfurt.) Ein über fünf Jahre dauernder Erarbeitungsprozeß, wie ihn die amerikanischen Bischöfe zum erstenmal bei ihrem 1983 verabschiedeten Hirtenbrief „The Challenge of Peace: God's Promise and Our Response“ (vgl. HK, Juli 1983, 316 ff.) angewandt hatten, ging damit zu Ende. Die Zustimmung zu der Schlußfassung (255 zu neun Stimmen) fiel so aus, daß das Redaktionskomitee unter der Leitung des Erzbischofs von Milwaukee/Wisconsin, *Rembert Weakland*, mit gutem Gewissen sagen kann, daß es sich nun nicht mehr um sein Papier handelt, sondern um ein Dokument des US-amerikanischen Episkopates, und – berücksichtigt man die breite Diskussion in Kirche und Gesellschaft der USA in den letzten Jahren – der gesamten US-Kirche.

Letzteres bedeutet allerdings nicht, daß es unter den Katholiken in den

USA nicht weiterhin deutlich *ablehnende Stimmen* zu diesem Dokument gibt. Wie man überhaupt den Eindruck haben kann, als hätten sich die Positionen im Streit um die von den Bischöfen in ihrem Hirtenbrief gegebenen Anstöße für die Wirtschafts- und Sozialpolitik ihres Landes seit der Veröffentlichung des ersten Entwurfes im Jahre 1984 (vgl. HK, Januar 1985, 8 ff.) nicht gravierend verändert – auf beiden Seiten übrigens: Wirtschaftsnahen Kreise sind weiterhin der Ansicht, die Bischöfe würden allzu bereitwillig auf Eingriffe staatlicher Stellen in den Wirtschaftsprozeß setzen und das freie Unternehmertum in seinen Entfaltungsmöglichkeiten über Gebühr behindern. Von wirtschaftskritischer Seite wird der Hirtenbrief zwar sehr gelobt, letztlich aber doch als zu reformistisch eingestuft.

Die US-Bischöfe mischen sich ein

Auch vom Hirtenbrief selbst wird man nicht sagen können, daß er sich im Laufe der mehrmaligen Überarbeitungen in seiner Substanz wesentlich verändert hätte. Bei mancher allzu forschen Formulierung im ersten Entwurf hat man einen Rückzieher gemacht (z. B. bei der Forderung, die USA müßten wieder zu einer Arbeitslosenquote von drei bis vier Prozent zurückkehren). Der Text hat Ergänzungen erfahren (z. B. in der Frage nach den Auswirkungen des Wirtschaftslebens auf die Familie), die katholische Soziallehre fand eine insgesamt stärkere Berücksichtigung (z. B. das Thema der Subsidiarität), das Wirtschaftsleben der USA samt seinen Errungenschaften und Leistungen wird positiver gewürdigt. Aber auch „blinde Flecken“ blieben dem Text erhalten, so z. B. die ungenü-

gende Problematisierung des Wirtschaftslebens vor dem Hintergrund der *Bedrohung der natürlichen Umwelt*. Der Hirtenbrief ist „amerikanischer“ geworden, indem er stärker auf die Ideale verweist, die historisch für die Gründung und Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika von Bedeutung gewesen sind (und über die „Social Gospel“-Bewegung ihren Niederschlag in Theologie und Verkündigung fanden). Der Brief ist auch *reflektierter* geworden: Die Bischöfe bemühen sich, Gegenargumente ihrerseits bereits aufzugreifen und zu entkräften. Unverändert blieb er jedoch in seinem grundlegenden methodischen Vorgehen sowie in seinen zentralen Anliegen.

Ein erstes Anliegen des Hirtenbriefes ist es, Katholiken wie Nicht-Katholiken in den USA vor Augen zu führen, daß das Wirtschaftsleben überhaupt etwas mit Menschenwürde und Reich-Gottes-Botschaft zu tun hat. Was inner- und gesamtkirchlich, aber auch in Teilen Europas mit den Worten von „Gaudium et spes“ wie eine Selbstverständlichkeit klingen mag, für die USA sind solche Gedankengänge sehr viel ungewohnter, und wenn schon nicht neu, so sind es doch zumindest Einmischungen in das politische Leben des Landes, die man auch wegen der strikten Trennung von Staat und Kirche bzw. Religion, erst recht von der katholischen Kirche bislang nicht erwartete: „Auch im Wirtschaftsleben sind die Würde der menschlichen Person und ihre ungeschmälerte Berufung wie auch das Wohl der gesamten Gesellschaft zu achten und zu fördern, ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft.“ (GS 63) Bevor die Bischöfe eine einzige konkrete Forderung erheben, geht es ihnen also darum, der US-amerikanischen Wirtschafts- und Sozialpolitik gewissermaßen die Unschuld zu nehmen und sie als das Ergebnis bestimmter ethischer Entscheidungen darzustellen, die, entsprechende Einsicht vorausgesetzt, auch anders ausfallen könnten. So fordern sie z. B. mehrfach dazu auf, die unverhältnismäßig hohen Verteidigungsausgaben des Landes gegen die benötigten erhöhten

Ausgaben im Sozialbereich abzuwägen: „Letzten Endes ist es nicht die Frage, ob die Vereinigten Staaten die notwendigen Finanzmittel für die Befriedigung unserer sozialen Bedürfnisse aufbringen können, sondern ob wir den politischen Willen haben, dies zu tun.“ (Nr. 294)

Der Hirtenbrief vereinigt in sich *verschiedene Argumentationsebenen und -typen*. Das liegt zum einen darin begründet, daß die Bischöfe nicht nur Kirchenmitglieder ansprechen wollen und sich damit auch stark auf eine allgemein ethische Argumentation einlassen müssen. Zum anderen hat dies aber auch mit der allgemeinen Schwierigkeit in Theologie und Katholischer Soziallehre zu tun, biblisch-theologische und ethisch-naturrechtliche Zugänge angemessen zusammenzubringen. So stellen die US-Bischöfe z. B. unvermittelter, als man es erwarten würde, im ersten der beiden zentralen Kapitel („Das Wirtschaftsleben in christlicher Sicht“) biblische Perspektiven (Abschnitt A) und ethische Normen (Abschnitt B) nebeneinander. In beiden Abschnitten geht es um die Begründung einer „vorrangigen Option für die Armen“, im ersten, biblischen, Teil an Hand von Kategorien wie *Gottesebenbildlichkeit, Bund, Gottesherrschaft* und *Nachfolge*, im zweiten, ethischen Teil entlang von Begriffen wie *Gemeinschaft* (Liebe und Solidarität, Gerechtigkeit und Partizipation, Überwindung der Marginalisierung und der Machtlosigkeit) und *Menschenrechte*.

Der Hirtenbrief sollte keine theoretische Studie über die christliche Haltung dem Kapitalismus gegenüber werden, wie es zunächst geplant war; er legt auch kein eigenständiges Konzept einer christlichen Sozialethik vor – dennoch hätte ihm eine eingehendere Behandlung des Verhältnisses von Glaubensaussagen einerseits und Sozialethik andererseits gut angestanden, zumal diese Frage im Zusammenhang mit der Theologie der Befreiung ein zentraler Punkt der Diskussion ist und Klärungen hier dringlich wären. In dieser Hinsicht ist der Hirtenbrief der US-Bischöfe eher Ausdruck allgemein anzutreffender

Schwierigkeiten in Theologie und Katholischer Soziallehre als deren Lösung.

Gemeinwohl und Option für die Armen

Sein sowohl kirchlicher wie außerkirchlicher Adressatenkreis bestimmt auch im weiteren Verlauf die Struktur des Hirtenbriefs. Im Anschluß an die Darstellung einer christlichen Sicht vom Wirtschaftsleben wenden sich die Bischöfe mit Hinweisen zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben zum einen an einzelne Personen, Personengruppen und Institutionen der US-Gesellschaft (Abschnitt C) und zum anderen speziell an die Christen (Abschnitt D). Dieselbe Unterscheidung findet sich nach der Beschäftigung im Kapitel III mit ausgewählten Einzelfragen der nationalen und internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik im vierten und fünften Kapitel: Die Bischöfe entwerfen darin zunächst eine Skizze eines – wie sie es nennen – „neuen amerikanischen Experimentes“ einer nationalen und internationalen „Partnerschaft für das Gemeinwohl“ (Kapitel IV). Christen und Kirchen werden – stellenweise recht selbstkritisch – zu einem „Engagement für die Zukunft“ aufgerufen (Kapitel V). Mit der Verknüpfung von vorrangiger „Option für die Armen“ und *Gemeinwohl* wollen die US-Bischöfe offenbar allen Befürchtungen entgegenreten, als handele es sich bei der „Option für die Armen“ letztlich um eine Partikular-Ethik. Dem Gemeinwohl entspricht ein Wirtschaftssystem demnach am ehesten, wenn es ihm gelingt, Armut und Marginalisierung zu überwinden und soziale Gerechtigkeit und Teilnahme am Wirtschaftsleben allen zu ermöglichen.

Wie schon im Fall des Hirtenbriefs zu Fragen von Frieden und Abrüstung belassen es die US-Bischöfe auch diesmal nicht bei allgemeinen biblischen und ethischen Darlegungen, sondern wagen sich zu praktischen und konkreten Detailfragen vor. An Hand von vier ausgesuchten Themenbereichen (*Beschäftigung, Armut, Er-*

nährung und Landwirtschaft sowie dem *Verhältnis von US-Wirtschaft und Entwicklungsländern*) buchstabieren sie im Kapitel III durch, was die von ihnen im Kapitel II vorgelegte christliche Sicht vom Wirtschaftsleben konkret bedeuten kann. Jedes dieser Einzelthemen wird im wesentlichen in einem *Dreischritt* erörtert: Beschreibung des Phänomens, Analyse der dargestellten Lage, Hinweise und Empfehlungen für politische Entscheidungen in Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dies ist auch der Teil des Hirtenbriefs, der am ehesten Ziel-scheibe der Kritik ist – in den USA wie auch in der Bundesrepublik. Da wird zum einen gefragt, inwieweit Bischöfe eigentlich die Kompetenz besitzen, sich über die biblisch-theologische und ethische Orientierung hinaus in konkrete Fragen dieser Art einzumischen. Die Bischöfe verweisen im Sinne einer pragmatischen Lösung darauf, daß sie ihre praktischen Empfehlungen mit einer anderen Autorität aussprechen als ihre biblisch-theologischen Darlegungen. Im übrigen sind sie sich bewußt, daß auf der Basis der von ihnen erörterten moralischen Werte sich nicht bestimmte politische Lösungen aufdrängen, sondern durchaus komplexe Güterabwägungen vorgenommen werden müssen, die auch unter denen, die dieselbe christliche Sicht vom Wirtschaftsleben teilen, verschieden ausfallen können (vgl. Nr. 134 f.).

Mit diesem generellen Einwand gegenüber der Kompetenz der Bischöfe in Zusammenhang steht Kritik an den konkreten Empfehlungen der Bischöfe: Angesichts der von ihnen als unerträglich hoch empfundenen *Arbeitslosenquote* sprechen sich die Bischöfe u. a. für ein Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung aus (156), ebenso für die Schaffung von Ausbildungs- und Umschulungsprogrammen (159) sowie Sozialprogrammen für Langzeitarbeitslose (162). Im Zusammenhang mit der *Armutfrage* bezeichnen die Bischöfe die Unterschiede in Einkommen und Vermögen in den USA als unannehmbar (185). Das Steuersystem müsse dementsprechend auf seine Folgen für die ärmeren Schichten der Bevölkerung

hin untersucht werden (202). Die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Angehörige von Minderheiten halten sie für unzureichend (199). Wegen der Gefährdung kleinerer und mittlerer *landwirtschaftlicher* Betriebe sprechen sie sich für Steuererleichterungen für diesen für das Land und die Nahrungsmittelproduktion der USA wichtigen Teil der Landwirtschaft aus (244). Die Bischöfe mahnen eine führende Rolle der USA bei der Bekämpfung der Armut in der *Dritten Welt* an (263). Sie kritisieren, daß die USA im Kreise der OECD-Länder zu den Staaten mit der prozentual zum Bruttosozialprodukt gesehen geringsten Auslandshilfe an Entwicklungsländer gehören (266). Sie wenden sich gegen eine Militarisierung der Entwicklungshilfe (265), setzen sich für eine veränderte Haltung in der Schuldenfrage (275) und für eine Reform der Weltwirtschaftsordnung zugunsten der armen Länder (290) sowie eine Verringerung des internationalen Waffenhandels (289) ein.

Der Hirtenbrief aus deutscher Sicht

Der Vorwurf, mit diesen oder ähnlichen Forderungen verstoße man wider den Geist der Marktwirtschaft, weil man allzu sehr auf Eingriffe staatlicher Stellen in den Wirtschaftsprozess setze, ist im Grunde nur plausibel vor dem Hintergrund eines Wirtschaftssystems wie dem der USA, in dem man unter neoliberaler Ägide wieder einen reineren Kapitalismus will und die ohnehin nicht sehr stark ausgebaute Wohlfahrtsstaatlichkeit im Abbau begriffen ist. Weder gefährden diese Forderungen das kapitalistische Wirtschaftssystem der USA, noch gehen sie über das hinaus, was in Ländern mit einer stärkeren sozialstaatlichen Tradition bereits erreicht ist oder seit langem diskutiert wird. Im übrigen handelt es sich bei den Forderungen der Bischöfe keineswegs immer um Bereiche des Wirtschaftslebens, in denen der Staat bislang gar nicht regulierend eingreift. Oft genug sind es Gebiete, in denen der Staat durchaus schon subventionierend und umverteilend tätig wird, nur fragen

die Bischöfe nun: zu wessen Gunsten greift der Staat ein?

Die Diskussion über den Hirtenbrief in der Bundesrepublik ist dessen Eigenart im Grunde bis heute nicht gerecht geworden: Das größte Interesse fand der Brief zunächst in wirtschaftskritischen Teilen der Kirche (und auch in den entsprechenden politischen Parteien) und wurde hier im wesentlichen als Bestätigung der eigenen Haltung gelesen. Hier dürften jedoch zu wenig die beträchtlichen Unterschiede zwischen den USA und der Bundesrepublik berücksichtigt worden sein. Manche bischöfliche Forderung verliert angesichts dessen, was bei uns weithin unbestritten zu den

Errungenschaften einer sozial gezähmten Marktwirtschaft gehört, an Brisanz. Andererseits wird man dem Hirtenbrief auch nicht gerecht, wenn – wie dies von der wirtschaftsfreundlicheren Seite geschieht – man in der Bundesrepublik die Forderungen der US-Bischöfe für weithin erfüllt hält. Erstens trifft dies für viele Forderungen der US-Bischöfe bis heute nicht zu. Zum anderen stünde es bei uns um die Katholische Soziallehre vermutlich besser, würde sie unter hiesigen Bedingungen zu einer ähnlich kritischen Instanz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, wie es die US-Bischöfe für die Verhältnisse ihres Landes vorgeführt haben. K. N.

Evangelisch-katholische Grunddifferenz: Ein ökumenisches Dokument aus Frankreich

In Frankreich wurde unlängst ein ökumenisches Gesprächsergebnis veröffentlicht, das auch über sein Entstehungsland hinaus Beachtung verdient.

Die „Gemeinsame protestantisch-katholische Arbeitsgruppe“ legte eine Ausarbeitung zum Thema „Ökumenischer Konsens und Grunddifferenz“ vor (vgl. den Text in: *La Documentation Catholique*, 4. 1. 87), die eine der wichtigsten und gleichzeitig umstrittensten Fragen des gegenwärtigen ökumenischen Gesprächs bemerkenswert klar auf den Begriff bringt: Sowohl auf katholischer wie auf protestantischer Seite wird vielfach gefragt, ob und inwiefern zwischen den beiden Traditionen bzw. kirchlichen Selbstverständnissen so etwas wie eine „Grunddifferenz“ besteht, die sich durch die Verständigung in theologischen Einzelthemen (vor allem Eucharistie und Amt) nicht beheben läßt, sondern im Zug dieser Verständigung erst richtig ans Licht kommt. Der ganze Themenkreis von Grunddifferenz und Grundkonsens bedürfte dringend der Aufarbeitung, hieß es etwa in dem 1984 veröffentlichten Bericht „Kirchengemeinschaft in Wort und Sakrament“ der Bilateralen Arbeitsgruppe von Deutscher Bischofs-

konferenz und Kirchenleitung der VELKD (vgl. HK, Mai 1984 206–208).

Gemeinsamer Glaube – unterschiedliches Kirchenbild

Die französischen Theologen (der Arbeitsgruppe gehören jeweils sieben von ihren Kirchen beauftragte katholische und protestantische [lutherische und reformierte] Theologen an) stellen in ihrem Papier die Frage nach Grundkonsens und Grunddifferenz nicht in der Absicht, die bisherigen Methoden und Ergebnisse des theologischen Gesprächs zwischen den Kirchen zu diskreditieren, sondern sehen sie gerade als Ergebnis der positiv verlaufenen Entwicklung der letzten Jahrzehnte: „Heute ist der Bereich des zwischen uns Strittigen ausreichend klargelegt, falsche Problemstellungen sind ausgeschieden; die Fortschritte auf dem Weg zu einer lehrmäßigen Versöhnung und die Förderung einer brüderlichen Atmosphäre sind so weit gediehen, daß es möglich wird, eine radikalere Frage direkt anzugehen“ (Nr. 1).